



## **Pressemitteilung anlässlich der Protestkundgebung am 18.01.2006 in Berlin**

Der Beruf des Arztes in Deutschland steht an einem Scheideweg.

Sowohl im ambulanten als auch stationären Sektor herrschen unakzeptable Arbeitsbedingungen. Ursache hierfür ist die überbordende Bürokratie von Seiten der Krankenkassen, das ständige Hinterfragen und vermeintliche Kontrollieren ärztlicher Anordnungen durch Laien auf Verwaltungsebene und eine konsequente Missachtung EU-weit geltender Arbeitszeitgesetzgebung durch die Bundesregierung.

Zusätzlich wird seit einigen Jahren ein Zwang zur Fortbildung ausgeübt, der zu weiteren hohen privaten Kosten auf Seiten der Ärzte führt, ohne dass eine Gegenleistung für die Qualitätsverbesserung erfolgt wäre.

Die ambulante Medizin leidet unter einer kontinuierlich sinkenden Vergütung für gleiche oder sogar technisch bessere Leistungen. Das Versprechen auf einen neuen, erstmals betriebswirtschaftlich kalkulierten Bemessungsmaßstab auf der Basis von 5,11Cent pro Punkt wurde bei aktuellen Punktwerten von 2-3 Cent mit fallender Tendenz erneut gebrochen. Weder kurz- noch mittelfristig ist für die Praxisinhaber eine Planungssicherheit angesichts steigender Kosten gegeben.

Die von Frau Schmidt als ausreichend angesehene Geldmenge versinkt offensichtlich in zunehmenden Verwaltungsausgaben der Krankenkassen, in der vertragsärztlichen Versorgung und bei chronisch Kranken kommt dieses Geld nicht an.

Durch eine Öffnung des Gesundheitswesens über integrierte Versorgung und medizinische Versorgungszentren soll sich der vom langjährigen Berater der Gesundheitsministerin, Prof. Lauterbach, gehegte Wunsch, einer Beseitigung der niedergelassenen Fachärzte rascher erfüllen.

Unter diesen Rahmenbedingungen fällt es schwerer für Arztpraxen auf dem Land und zunehmend auch in der Stadt einen Nachfolger zu finden. Junge Ärzte sehen eher in der Abwanderung in andere europäische Länder ihre persönliche Perspektive. Es verlassen dabei nicht nur zukünftige Ärzte sondern auch potentielle freie Unternehmer das Land. Schon jetzt werden jährlich tausende von Arbeitsplätzen in freien Praxen abgebaut.

Die rasche Folge von Gesetzesänderungen zeigt die Unfähigkeit der Politiker zu einer grundlegenden Reform der Sozialsysteme. Im Gesundheitswesen herrscht eine Verwaltung des Mangels, die wir als Ärzte nicht mehr hinnehmen können. Die angestrebte Ökonomisierung von Krankheit und Therapie führt weiter in der Spirale sozialer Kälte und hat mit den ethischen Grundzügen des ärztlichen Berufes und unserer Verfassung nichts mehr gemein. Das drohende Gesetz zur sog. Bonus-Malus-Regelung stellt dabei die bisherige Spitze der politischen Verfehlungen dar.

Der 18. Januar soll ein Tag des solidarischen Widerstandes gegen eine zunehmend falsch konzipierte Staatsmedizin darstellen. Die Aktionen richten sich nicht gegen unsere Patienten. Unser Gesundheitssystem braucht einen raschen Umbau mit einer Entkopplung von Krankheit und Arbeit sowie eine Entbürokratisierung. Nur so schaffen wir die Bedingungen, die wir für eine patientengerechte Versorgung in Zukunft benötigen.

**Dr. Oliver Marschal**  
**1. Vorsitzender**